

Von: Woeginger August <august.woeginger@oevpklub.at>

Gesendet: Montag, 1. August 2022 13:12

An: Erwin Zangerl, Präsident AK Tirol <erwin.zangerl@ak-tirol.com>; AK Tirol Direktion <direktion@ak-tirol.com>

Betreff: Ihr Schreiben DIR-2022

Geschätzter Herr Präsident,
sehr geehrter Herr Direktor,

ich danke für die Übermittlung der beschlossenen Anträge der 182. Vollversammlung der Arbeiterkammer Tirol und darf dazu Stellung nehmen. Soweit ich im Folgenden auf einzelne Vorschläge aus den Anträgen nicht konkret eingehen kann, übergebe ich die Beschlüsse den für den jeweiligen Bereich zuständigen Abgeordneten, damit die Anliegen im Rahmen der künftigen politischen Arbeit mitberücksichtigt werden können.

Zu den Anträgen der AAB-FCG-Fraktion und der Grünen in der AK Tirol zu den Themen Pflegekräfte und Community Nursing darf ich Folgendes mitteilen:

Am Tag der Pflege konnten wir als Regierungskoalition ein umfassendes Pflegepaket mit einem Volumen von über einer Milliarde Euro vorstellen. Wir gehen mit diesem Paket auf die Bedürfnisse und Anforderungen des Personals und der pflegenden Angehörigen ein. Besonders die adäquate Ausbildung der Pflegekräfte steht dabei im Fokus. Wir attraktivieren die Erstausbildung in einem Pflegeberuf und schaffen mit einer Pflegelehre (altersspezifisches Curriculum) als Modellversuch auch neue Ausbildungsmodelle neben der Schule.

Neben der Verbesserung und Attraktivierungen von Ausbildungen leistet die Etablierung von Community Nursing in Österreich einen wesentlichen Beitrag zur wohnortnahen, niederschweligen und bedarfsorientierten Versorgung. Community Nurses sind die zentralen Ansprechpersonen, die die Koordination diverser Leistungen (z.B. von Therapien und sozialen Dienstleistungen) übernehmen sowie im Präventionsbereich eine zentrale Rolle spielen. Community Nurses übernehmen aktiv das Nahtstellenmanagement zwischen Sozialbereich und (öffentlicher) Gesundheit und sind deshalb ein wesentlicher Bestandteil einer aktiven Pflegepolitik. Diesen pflegepolitischen Meilenstein konnten wir bereits im vergangenen Jahr beschließen und ist in erster Linie als Ergänzung zu den bereits bestehenden Strukturen in den Bundesländern gedacht.

Im Moment beschäftigt uns vor allem die hohe Inflation und die anhaltende Teuerung. Besonders Menschen mit niedrigem Einkommen, Familien und Pensionistinnen und Pensionisten brauchen jetzt Unterstützung, um die Teuerung auszugleichen. Zum entsprechenden Antrag der AAB-FCG-Fraktion mit dem Titel „Inflations-Ausgleichspaket effektiv und sofort beschließen“ darf ich wie folgt unsere Beweggründe darlegen:

Als Regierungskoalition haben wir in den vergangenen Wochen und Monaten zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die Bevölkerung sowie die Wirtschaft zu entlasten und die aktuelle Teuerung abzufedern. Mit mehreren Maßnahmenpaketen setzen wir alles daran, der aktuellen Entwicklung entgegen zu wirken.

Wir helfen jenen Menschen, die jetzt in einer schwierigen Situation sind. Darüber hinaus war, ist und wird es immer unser Anspruch sein, die Österreicherinnen und Österreicher langfristig zu entlasten. Dazu tritt jetzt die nächste Steuersenkung in Kraft und mit der

geplanten Abschaffung der Kalten Progression ab 2023 werden wir nachhaltige Schritte setzen, die jede und jeder spüren kann. Es muss wieder attraktiv sein, sich durch Arbeit Eigentum aufzubauen, ohne dass diese schleichende Steuererhöhung das Gehalt auffrisst. Ich freue mich, dass wir hier eine langjährige Forderung des ÖAAB in die Umsetzung bringen können.

Auch für Familien setzen wir gerade im Sommer Unterstützungsmaßnahmen wie die Erhöhung des Familienbonus auf bis zu 2.000 Euro pro Jahr und Kind! Auch eine Sonderzahlung im Rahmen der Familienbeihilfe in der Höhe von 180 Euro im August wirkt direkt und unkompliziert.

Zusätzlich zu diesen konkreten Unterstützungsmaßnahmen werden künftig Sozialleistungen valorisiert – also an die Inflation angepasst.

Alle diese Maßnahmen werden in einem dreistufigen Prozess umgesetzt, im Sommer, im Herbst und zu Jahresbeginn. Dazu darf ich folgenden Überblick zur Kenntnis bringen:

Noch heuer wirksame Sofortmaßnahmen (rund 5 Mrd. Euro)

1. 300 Euro für besonders betroffene Gruppen (Arbeitslose, Mindestpensionisten, etc.) – im August (zusätzliche 300 Euro wurden bereits im Frühjahr ausbezahlt)
2. 500 Euro für jeden und jede: davon 250 Euro Klimabonus und 250 Euro Bonus für alle Erwachsenen (für Kinder je die Hälfte) – ab Oktober
3. CO₂-Bepreisung wurde auf Oktober verschoben
4. 180 Euro als zusätzliche Einmalzahlung der Familienbeihilfe – Anweisung ab 03. August
5. Vorziehen Familienbonus (2.000 Euro) und Erhöhung des Kindermehrbetrags (550 Euro) auf 2022 – ab Juli (Aufrollung erfolgt im September)
6. Verlängerung des Wohnschirms (Schutz vor Delogierung)
7. Digi-Scheck für Lehrlinge (bis zu 3 mal 500 Euro pro Jahr) wird bis 2024 verlängert
8. Erhöhter Absetzbetrag für 2022 (500 Euro) – mit der nächsten Arbeitnehmerveranlagung 2023 für 2022
9. Mitarbeiter-Prämie von 3.000 Euro steuer- und abgabenfrei sowie SV-beitragsfrei – statt nur steuerfrei!

Strukturelle Maßnahmen (rund 22 Mrd. Euro bis 2026)

1. Geplante Abschaffung der Kalten Progression ab 2023 – 2/3-1/3-Lösung: 2/3 des VPI/Inflation automatisch; 1/3 muss für Maßnahmen, die Erwerbstätigen bzw. Pensionisten zugutekommen aufgewandt werden. Basis ist Progressionsbericht der in Abstimmung mit Experten jährlich das Volumen festlegt.
2. Valorisierung der Sozialleistungen ab 2023 (Reha-, Kranken- und Umschulungsgeld, Studienbeihilfe, Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld, Kinderabsetzbetrag,..)
3. Senkung Lohnnebenkosten (UV-Beitrag um ein Zehntel, FLAF-Beitrag auf 3,7 Prozent)

Zum Antrag der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen betreffend „Perspektiven für die Jugend“ möchte ich Folgendes anmerken:

Die Pandemie hat uns alle vor große Herausforderungen gestellt, aber besonders Jugendliche haben während der Pandemie gelitten und mussten auf vieles verzichten. Dies belegt unter anderem eine Studie des Instituts für Jugendkultur. Darum stehen Angebote an die Jugend dieses Jahr an oberster Stelle der Agenda, auch der Europäischen Kommission.

Mit der zuständigen Jugendstaatssekretärin Claudia Plakolm haben Jugendliche eine starke Verbündete an ihrer Seite.

Die Jugend wird seitens der Bundesregierung aktiv unterstützt und es werden Perspektiven geschaffen. Mit einem Ausbau der psychosozialen Versorgung und neuer Sensibilisierungs-Workshops werden sowohl neue Kapazitäten für besonders belastete Kinder und Jugendliche geschaffen als auch Möglichkeiten zur Schulung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren eingerichtet.

Ein weiteres gutes Beispiel für die Unterstützung junger Menschen ist die Einführung des Bestellerprinzips bei Maklerkosten, das rund 190.000 Studenten in Mietwohnungen und rund 8.000 Lehrlinge, die nicht in ihrem Heimatbundesland arbeiten, zugutekommt. Bislang galt die Regel, dass der Mieter beim Bezug einer neuen Wohnung für die Maklergebühren aufkommen muss. Gerade für Jugendliche ist das oft eine finanzielle Mehrbelastung, denn man musste beispielsweise beim Bezug der ersten eigenen Wohnung sofort zwei Monatsmieten Maklerprovision leisten. Das wird künftig der Vergangenheit angehören: Das sogenannte „Bestellerprinzip“ wird gelten. Demnach muss der Vermieter für die Maklerkosten aufkommen. Damit reduzieren wir die Startkosten rund um ein Drittel. Beim Antrag der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen zum Schutz für Whistleblower darf ich auf das entsprechende Gesetz verweisen, dass sich bereits in Begutachtung befindet. Hier wurde nach Verhandlungen eine gute Lösung gefunden, die jetzt in Umsetzung gelangt. Darüber hinaus darf ich Ihnen versichern, dass wir – wie im Antrag der Grünen in der AK Tirol die Auswirkungen und Langzeitfolgen von Covid-Erkrankten sehr ernst nehmen und auch die entsprechenden Maßnahmen treffen, um angemessene Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Abschließend darf ich mich für diese beschlossenen Anträge der Vollversammlung der AK Tirol bedanken und Ihnen versichern, dass wir sie in unserer täglichen Arbeit und Diskussionen mit einfließen lassen werden.

Mit freundlichen Grüßen
Gust Wöginger

August Wöginger
Klubobmann

Parlamentsklub der Österreichischen Volkspartei
Pavillon Nord/Burg, Heldenplatz 11
A-1017 Wien
+43 1 40110 4400
august.woeginger@oevpklub.at
www.oevpklub.at



Diese Nachricht und sämtliche Anlagen sind für den ausschließlichen Gebrauch des Adressaten bestimmt und können privilegierte, vertrauliche oder auf andere Weise von der Veröffentlichung ausgeschlossene Informationen enthalten. Wenn Sie nicht der Adressat sind, sind Sie nicht autorisiert, diese Nachricht und angeschlossene Dateien zu lesen, zu drucken, zu kopieren, zu behalten oder weiterzugeben. Wenn Sie diese Nachricht irrtümlich erhalten haben, verständigen Sie uns bitte sofort per E-Mail und vernichten Sie alle elektronischen und anderen Kopien dieser Nachricht. Für Übermittlungsfehler oder für von der/den Adressaten geöffnete Attachements – die möglicherweise einen Virus oder Ähnliches enthalten könnten – besteht keine Haftung